

Sächsisches Amtsblatt

Amtlicher Anzeiger Nr. 7/2023

16. Februar 2023

Inhaltsverzeichnis

Sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen

Bekanntmachung des Abwasserzweckverbandes Oberer Lober 7. Änderungssatzung zur Gebührensatzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (GebS) vom 22. Dezember 2005 vom 6. Januar 2023	A 114
Bekanntmachung der Satzung des Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverbandes Zwickau/Werdau über die Erhebung von Verwaltungskosten für Amtshandlungen und sonstige öffentlich-rechtliche Leistungen in weisungsfreien Angelegenheiten (Verwaltungskostensatzung) vom 9. Dezember 2022	A 116
Bekanntmachung des Regionalen Planungsverbandes Oberes Elbtal/Osterzgebirge zur Haushaltssatzung 2023 vom 1. Februar 2023	A 121
Haushaltssatzung des Regionalen Planungsverbandes Oberes Elbtal/Osterzgebirge für das Haushaltsjahr 2023	A 121
Bekanntmachung des Zweckverbandes Parthenaue über die 19. Verbandsversammlung vom 1. Februar 2023.....	A 123

Bekanntmachung des Zweckverbandes Elbtal-Westlausitz für die Verbundsparkasse Ostsächsische Sparkasse Dresden über die Sitzung der Verbandsversammlung vom 25. Januar 2023	A 124
--	-------

Bekanntmachung des Kreuzbund Diözesanvereins Dresden Meißen e.V. über die Auflösung des Vereins (Amtsgericht Chemnitz, VR 71222) vom 27. Januar 2023	A 125
--	-------

Bekanntmachung des Garagenvereins Ost-Vorstadt e.V. in Bautzen über die Auflösung des Vereins (Amtsgericht Dresden, VR 30374) vom 1. Februar 2023	A 125
---	-------

Gerichte

Aufgebotsverfahren.....	A 126
Zivilgericht.....	A 126

Stellenausschreibungen

Sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen

Bekanntmachung

des Abwasserzweckverbandes Oberer Lober

7. Änderungssatzung zur Gebührensatzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (GebS) vom 22. Dezember 2005

Vom 6. Januar 2023

Aufgrund von § 56 des Wasserhaushaltsgesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Gesetz vom 18. August 2021 (BGBl. I S. 3901) geändert worden ist, § 50 des Sächsischen Wassergesetzes vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 144) geändert worden ist, §§ 4, 14 und 124 der Sächsischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, § 47 in Verbindung mit § 6 Absatz 1 und § 5 Absatz 4 des Sächsischen Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, in Verbindung mit den §§ 2, 9, 17 und 33 des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 116), das durch Artikel 2 Absatz 17 des Gesetzes vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245) geändert worden ist, hat die Versammlung des Abwasserzweckverbandes Oberer Lober am 5. Januar 2023 folgende 7. Änderungssatzung zur Gebührensatzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (GebS) vom 22. Dezember 2005 (SächsABl. AAz. 2/2006 S. A34) in der Fassung der 6. Änderung vom 1. Februar 2018 (SächsABl. AAz. 8/2018 S. A 170) beschlossen:

§ 1 Änderungen

1. §8 Abs. 1 erhält folgende neue Fassung:

„(1) Für die Teilleistung Schmutzwasserentsorgung beträgt

1. die Mengengebühr

a) bei Grundstücken, die an einen öffentlichen Abwasserkanal angeschlossen sind, der das Abwasser in eine Kläranlage führt	Je m ³ Abwasser im Sinne von § 4	3,11 €	Tarif 501
b) bei Grundstücken mit eigener Kleinkläranlage, deren vorgeklärte Abwässer in einen öffentlichen Abwasserkanal geleitet werden, der zum Vorfluter geführt wird	Je m ³ Abwasser im Sinne von § 4	0,46 €	Tarif 502

c) bei Grundstücken mit eigener Kleinkläranlage für die Abfuhr und Behandlung des Fäkalschlammes in der Kläranlage	Je m ³ Abwasser im Sinne von § 7 Abs. 1	89,77 €	Tarif 503
d) bei Grundstücken mit geschlossener Abwassergrube für die Abfuhr und Behandlung des Abwassers in der Kläranlage	Je m ³ Abwasser im Sinne von § 7 Abs. 1	45,83 €	Tarif 504

2. die Grundgebühr

a) bei Grundstücken, die an einen öffentlichen Abwasserkanal angeschlossen sind, der das Abwasser in eine Kläranlage führt	Je EW und angefangenem Kalendermonat	2,93 €	Tarif 501
b) bei Grundstücken mit eigener Kleinkläranlage, deren vorgeklärte Abwässer in einen öffentlichen Abwasserkanal geleitet werden, der zum Vorfluter geführt wird	Je EW und angefangenem Kalendermonat	2,42 €	Tarif 502
c) bei Grundstücken mit eigener Kleinkläranlage für die Abfuhr und Behandlung des Fäkalschlammes in der Kläranlage	Je EW und angefangenem Kalendermonat	0,78 €	Tarif 503
d) bei Grundstücken mit geschlossener Abwassergrube für die Abfuhr und Behandlung des Abwassers in der Kläranlage	Je EW und angefangenem Kalendermonat	0,78 €	Tarif 504“

2. § 8 Abs. 2 erhält folgende neue Fassung

„(2) Für die Teilleistung Niederschlagswasserentsorgung (NW) beträgt die Gebühr (Tarif 561) 0,39 € je m² versiegelter Grundstücksfläche und Kalenderjahr.“

§ 2

Schlussbestimmungen

1. Diese Satzung tritt rückwirkend zum 01.01.2023 in Kraft.

Rackwitz, den 6. Januar 2023

Abwasserzweckverband Oberer Lober
Steffen Schwalbe
Verbandsvorsitzender

Hinweis nach § 4 Absatz 4 der Sächsische Gemeindeordnung

Nach § 4 Absatz 4 Satz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Absatz 2 wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,

4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nummer 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen. Sätze 1 bis 3 sind nur anzuwenden, wenn bei der Bekanntmachung der Satzung auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften und die Rechtsfolgen hingewiesen worden ist.

Bekanntmachung der Satzung des Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverbandes Zwickau/Werdau über die Erhebung von Verwaltungskosten für Amtshandlungen und sonstige öffentlich-rechtliche Leistungen in weisungsfreien Angelegenheiten (Verwaltungskostensatzung)

Vom 9. Dezember 2022

Aufgrund des § 47 Absatz 2 und § 6 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (Sächs-KomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, in Verbindung mit § 4 der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist und §§ 2 Absatz 1, 8a des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes (Sächs-KAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 116), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 17 des Gesetzes vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245) geändert worden ist, hat die Verbandsversammlung des Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverbandes Zwickau/Werdau in ihrer Sitzung am 9. Dezember 2022 die nachfolgende Satzung des Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverbandes Zwickau/Werdau über die Erhebung von Verwaltungskosten für Amtshandlungen und sonstige öffentlich-rechtliche Leistungen in weisungsfreien Angelegenheiten (Verwaltungskostensatzung) beschlossen:

§ 1

Verwaltungskostenpflicht

Der Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverband Zwickau/Werdau erhebt für Amtshandlungen und sonstige öffentlich-rechtliche Leistungen in weisungsfreien Angelegenheiten, Verwaltungsgebühren und Auslagen (Verwaltungskosten) nach Maßgabe des als Anlage beigefügten Kostenverzeichnisses, das Bestandteil dieser Satzung ist.

§ 2

Verwaltungskostenschuldner

(1) Zur Zahlung der Verwaltungskosten ist derjenige verpflichtet,

1. dem die öffentlich-rechtliche Leistung individuell zuzurechnen ist,
2. der die Verwaltungskosten durch eine vor der zuständigen Behörde abgegebene oder mitgeteilte Erklärung übernommen hat oder
3. der für die Verwaltungskostenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.

(2) Auslagen im Sinne des § 4 Abs. 1, die durch unbegründete Einwendungen eines Beteiligten oder durch schuldhaftes Verhalten eines Beteiligten oder eines Dritten entstanden sind, hat dieser zu tragen.

(3) Mehrere Verwaltungskostenschuldner haften als Gesamtschuldner.

§ 3

Kostenverzeichnis, Höhe der Verwaltungsgebühr

(1) Die Höhe der Verwaltungsgebühr richtet sich unter Berücksichtigung des Verwaltungsaufwandes aller an der Amtshandlung bzw. öffentlich-rechtlichen Leistung beteiligten Behörden und Stellen sowie nach der Bedeutung der Angelegenheit für die Person, der die Amtshandlung bzw. sonstige öffentlich-rechtliche Leistung zuzurechnen ist, nach dem als Anlage zu dieser Satzung beigefügten Kostenverzeichnis. Die Kostenfestsetzung innerhalb einer Rahmengebühr liegt im Ermessen der festsetzenden Behörde.

(2) Für Amtshandlungen bzw. sonstige öffentlich-rechtliche Leistungen, für die im Kostenverzeichnis weder eine Verwaltungsgebühr bestimmt ist, noch Gebührenfreiheit entsprechend der §§ 11 und 12 SächsVwKG besteht, bemisst sich die zu erhebende Verwaltungsgebühr nach einer vergleichbaren im Kostenverzeichnis bewerteten Amtshandlung bzw. sonstigen öffentlich-rechtlichen Leistung.

Fehlt eine solche im Kostenverzeichnis, so wird die Verwaltungsgebühr innerhalb einer Rahmengebühr in Höhe von 10 bis 25.000 Euro festgesetzt.

(3) Ist eine Verwaltungsgebühr nach dem Wert des Gegenstandes der Amtshandlung oder sonstigen öffentlich-rechtlichen Leistung zu berechnen, so ist dieser zur Zeit der Beendigung der Amtshandlung oder sonstigen öffentlich-rechtlichen Leistung maßgebend. Für Wertgebühren, für die im Kostenverzeichnis keine Verwaltungsgebühr vorgesehen ist, beträgt diese 1 % des Wertes des Gegenstandes.

(4) Der Verwaltungskostenschuldner ist verpflichtet, die zur Festsetzung der Verwaltungskosten erforderlichen Angaben wahrheitsgemäß und vollständig zu machen sowie die notwendigen Unterlagen in Urschrift oder beglaubigter Abschrift beizubringen.

(5) Die Mindestgebühr beträgt 10 Euro.

§ 4

Auslagen

(1) Aufwendungen, die nicht regelmäßig im Zusammenhang mit der Erbringung der Amtshandlung bzw. sonstigen öffentlich-rechtlichen Leistung anfallen und deshalb nicht nach § 3 Abs. 1 zu dem in die Verwaltungsgebühr einzubeziehenden Verwaltungsaufwand gehören, werden in der tatsächlich entstandenen Höhe als Auslagen erhoben. Sie können im Ausnahmefall pauschaliert erhoben werden, wenn die Ermittlung der tatsächlichen Kosten unverhältnismäßig ist. Als Auslagen können unter den Voraussetzungen von Satz 1 insbesondere erhoben werden:

1. Vergütungen und Entschädigungen, die Sachverständigen, Dolmetschern, Übersetzern, Zeugen und sonstigen Personen zustehen,

2. Aufwendungen für Post- und Telekommunikationsdienstleistungen,
3. Reisekosten im Sinne der Reisekostenvorschriften und sonstigen Aufwendungen bei der Ausführung von Dienstgeschäften außerhalb der Dienststelle,
4. Aufwendungen anderer Behörden oder Personen.

(2) Auslagen im Sinne des Absatzes 1 werden auch dann erhoben, wenn der Zweckverband aus Gründen der Gegenseitigkeit, der Vereinfachung oder aus ähnlichen Gründen an die anderen Behörden, Einrichtungen oder Personen Zahlungen nicht zu leisten hat.

§ 5 Umsatzsteuer

Unterliegt die Amtshandlung oder öffentlich-rechtliche Leistung der Umsatzsteuer, werden Verwaltungskosten zusätzlich der jeweils geltenden gesetzlichen Umsatzsteuer erhoben.

§ 6 Entstehung der Verwaltungskosten

(1) Die Verwaltungskosten entstehen mit der Beendigung der verwaltungskostenpflichtigen Amtshandlung bzw. sonstigen öffentlich-rechtlichen Leistung. Umfasst ein Vorgang mehrere Amtshandlungen bzw. sonstige öffentlich-rechtliche Leistungen, entstehen die Verwaltungskosten mit der Beendigung der Letzten.

(2) Verwaltungskosten, die aufgrund von anderen Rechtsvorschriften erhoben werden, bleiben von dieser Satzung unberührt.

§ 7 Zeitpunkt der Fälligkeit

Die Verwaltungskosten werden einen Monat nach der Bekanntgabe der Verwaltungskostenfestsetzung an den

Verwaltungskostenschuldner fällig, wenn nicht der Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverband Zwickau/Werdau einen anderen Zeitpunkt bestimmt oder die Fälligkeit abweichend durch Vertrag geregelt ist.

§ 8 Anwendung des Sächsischen Verwaltungskostengesetzes

Gemäß § 8a Abs. 2 SächsKAG finden die §§ 2, 3 Absatz 4 bis 6, § 4 Absatz 2, 3 und 5, §§ 6 bis 9, 11 bis 13, 15, 16, 17 Absatz 1 bis 3 und 5, §§ 18 bis 20, 22 und 23 des Sächsischen Verwaltungskostengesetzes vom 5. April 2019, in der jeweils geltenden Fassung, bei der Erhebung von Verwaltungsgebühren und Auslagen nach dieser Satzung entsprechende Anwendung.

§ 9 Gleichstellung

Soweit in dieser Satzung aus Vereinfachungsgründen geschlechtsspezifische Personenbezeichnungen verwendet werden, gelten diese Personenbezeichnungen gleichermaßen für Frauen, Männer und Diverse.

§ 10 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung dieser Satzung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Neufassung der Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten für Amtshandlungen in weisungsfreien Angelegenheiten (Kostensatzung) vom 29. Mai 2015 außer Kraft.

Zwickau, den 9. Dezember 2022

Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverband Zwickau/Werdau
Steffen Ludwig
Verbandsvorsitzender

Anlage
Kostenverzeichnis

Hinweis nach § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Absatz 2 wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,

4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nummer 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen. Sätze 1 bis 3 sind nur anzuwenden, wenn bei der Bekanntmachung der Satzung auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften und die Rechtsfolgen hingewiesen worden ist.

Anlage zur Satzung des Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverbandes Zwickau/Werdau über die Erhebung von Verwaltungskosten für Amtshandlungen und sonstige öffentlich-rechtliche Leistungen in weisungsfreien Angelegenheiten (Verwaltungskostensatzung) vom 09.12.2022

Kostenverzeichnis

Lfd. Nr.	Tarif- stelle	Gegenstand	Einheit	Verwaltungskosten in Euro
I. Allgemeines Verwaltungs- handeln	1. Einsichtsgewährung und Auskünfte (soweit diese nicht in einem gebührenpflichtigen Verfahren gewährt wird)			
	a)	Einsichtnahme in das Abwasserbeseitigungskonzept des RZV Zwickau/Werdau für die Unterrichtung der Öffentlichkeit		kostenfrei
	b)	Einsichtgewährung in Akten und amtliche Bücher, soweit die Einsicht nicht in einem gebührenpflichtigen Verfahren gewährt wird	je Akte / Buch	1,00 mindestens 10
	c)	Erteilung von Auskünften, die über § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 SächsVwKG hinausgehen	je Auskunft	30 - 100
	d)	Anfertigung von Reproduktionen und Ausgabe in elektronischer Form	je angefangene Viertelstunde	17
	2. Beglaubigungen und Bescheinigungen			
	a)	Beglaubigungen und Bescheinigungen	je angefangene Seite	1,50; mindestens 10
	3. Allgemeine Verwaltungstätigkeit			
	a)	Allgemeine Verwaltungstätigkeit, die mit besonderer Mühewaltung verbunden sind, auf besonderen Antrag zum unmittelbaren Nutzen des Antragstellers		17 - 135
	b)	Aufnahme einer Niederschrift (Erhebung von Rechtsbehelfen ausgenommen)	je angefangene Seite	14 - 60
	c)	Anordnung zur Erfüllung einer satzungsrechtlichen Verpflichtung		17 - 270
	d)	Erteilung einer Befreiung von einer satzungsrechtlichen Verpflichtung		17 - 270
	e)	Widerruf / Rücknahme einer Befreiung		17 - 270
	f)	Genehmigung, Erlaubnis, Zulassung, Verleihung oder Bewilligung auf Grund gesetzlicher Vorschriften		17 - 270
	g)	Widerruf / Rücknahme einer Genehmigung, Erlaubnis, Zulassung, Verleihung oder Bewilligung		17 - 270
	h)	Erteilung nachträglicher Auflagen		17 - 270
	4. Fristverlängerungen			
	a)	Verlängerung der Frist, deren Ablauf einen neuen Antrag auf Erteilung einer gebührenpflichtigen Genehmigung, Erlaubnis, Befreiung, Zulassung, Verleihung oder Bewilligung erforderlich machen würde		10 Prozent bis 25 Prozent der für die Genehmigung, Erlaubnis, Befreiung, Zulassung, Verleihung oder Bewilligung vorgesehenen Gebühr, mindestens 10
	b)	Verlängerung einer Frist in anderen Fällen		10 - 40

Lfd. Nr.	Tarif- stelle	Gegenstand	Einheit	Verwaltungskosten in Euro
	5. Erteilung einer Zweitschrift			10 Prozent bis 50 Prozent der für die Erstschrift vorgesehenen Gebühr, mindestens 10
		a) Erteilung einer Zweitschrift		Anmerkung: Ist die Erteilung der Erstschrift gebührenfrei, beträgt die Gebühr 0,75 je angefangene Seite, mindestens jedoch 10.
II. Schreibauslagen	1. Bereitstellung von Vervielfältigungen (Abschriften oder Ausfertigungen)			
	A In Papierform Schwarz/weiß, ohne Berücksichtigung der Art der Herstellung			
	a)	für die ersten 50 Seiten (bis Format DIN A4)	je Seite	0,50
	b)	im Format DIN A3	je Seite	0,75
	c)	für jede weitere Seite (bis Format DIN A4)	je Seite	0,15
	d)	für jede weitere Seite im Format DIN A3	je Seite	0,25
	B In Papierform Farbe, ohne Berücksichtigung der Art der Herstellung			
	a)	für die ersten 50 Seiten (bis Format DIN A4)	je Seite	1,00
	b)	im Format DIN A3	je Seite	1,25
	c)	für jede weitere Seite (bis Format DIN A4)	je Seite	0,40
	d)	für jede weitere Seite im Format DIN A3	je Seite	0,50
	C In elektronischer Form			
	a)	sofern die Datei bereits in elektronischer Form vorhanden ist	je Datei	1,50
	b)	soweit zur Bereitstellung einer Vervielfältigung in elektronischer Form Dokumente zuvor von der Papierform in die elektronische Form übertragen werden müssen		wie Tarifstelle II, 1., lit. A in schwarz/weiß
	c)	wenn die Datei auf einem Datenträger versandt wird	je Datenträger	5
	2. Anfertigung einer besonders zeitraubenden und kostspieligen Ausfertigung oder Abschrift			
	a)	Anfertigung einer besonders zeitraubenden und kostspieligen Ausfertigung oder Abschrift		Die Schreibauslagen nach der Tarifstelle II, 1., lit. A, können bis auf das Fünffache erhöht werden.
	3. Bereitstellung gegenüber in § 12 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und 3 SächsVwKG genannten juristischen (§ 12 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 SächsVwKG findet entsprechende Anwendung)			
	a)	Bereitstellung gegenüber in § 12 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und 3 SächsVwKG genannten juristischen (§ 12 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 SächsVwKG findet entsprechende Anwendung)		schreibauslagenfrei

Lfd. Nr.	Tarif- stelle	Gegenstand	Einheit	Verwaltungskosten in Euro
III. Kasse	1. Allgemeine Tätigkeit			
	a)	Erteilung einer Forderungsaufstellung	je angefangene Viertelstunde	17
	2. Amtshandlungen im Vollstreckungsverfahren			
	a)	Mahnung nach § 13 Abs. 2 SächsVwVG	1	5 - 25
	b)	Vollstreckungsankündigung		5
	c)	Pfändung gem. §§ 14, 15 SächsVwVG	wenn die Vornahme der Amtshandlung bis zu drei Stunden in Anspruch nimmt	35
	d)	Pfändung gem. §§ 14, 15 SächsVwVG	wenn die Vornahme der Amtshandlung bis zu drei Stunden in Anspruch nimmt	45
	e)	Verwertung gemäß § 16 SächsVwVG in Verbindung mit § 327 AO		60
	f)	Androhung von Zwangsmitteln gemäß § 20 Abs. 1 Satz 1 SächsVwVG, soweit sie nicht mit dem Verwaltungsakt verbunden sind, durch den die Handlung, Duldung oder Unterlassung aufgegeben wird		17 - 68
	g)	Festsetzung von Zwangsgeld gemäß § 22 Abs. 2 SächsVwVG		34 - 1.000
	h)	Anwendung der Zwangsmittel "Ersatzvornahme" gemäß § 24 Abs. 1 Satz 1 SächsVwVG bzw. "unmittelbarer Zwang" gemäß § 25 Abs. 1 Satz 1 SächsVwVG		135 - 1.000
	i)	Eintragung / Löschung von Zwangssicherungshypotheken		17 - 68
	j)	Einstellung und Beschränkung der Vollstreckung nach § 2a Abs. 1 SächsVwVG		kostenfrei

Bekanntmachung des Regionalen Planungsverbandes Oberes Elbtal/Osterzgebirge zur Haushaltssatzung 2023

Vom 1. Februar 2023

Die nachstehende Haushaltssatzung für das Jahr 2023 wurde von der Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbandes Oberes Elbtal/Osterzgebirge am 19. Dezember 2023 beschlossen (Beschluss VV 07/2022). Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan 2023 enthalten keine genehmigungspflichtigen Bestandteile und sind somit nicht genehmigungspflichtig. Sie wurden der zuständigen Rechtsaufsichtsbehörde, dem Sächsischen Staatsministerium für Regionalentwicklung, mit Schreiben vom 20. Januar 2023 vorgelegt.

Die Haushaltssatzung einschließlich Haushaltsplan 2023 liegt mit der öffentlichen Bekanntmachung der Haushaltssatzung im Zeitraum

vom 17. Februar bis einschließlich 24. Februar 2023

in der Verbandsgeschäftsstelle des Regionalen Planungsverbandes Oberes Elbtal/Osterzgebirge in 01445 Radebeul,

Radebeul, den 1. Februar 2023

Regionaler Planungsverband Oberes Elbtal/Osterzgebirge
M. Geisler
Verbandsvorsitzender

Meißner Straße 151a, 3. Stock, Zimmer 312, (Eingang Richard-Wagner-Straße) während der Zeiten:

Montag und Mittwoch	9:00 Uhr bis 11:30 Uhr 13:00 Uhr bis 15:30 Uhr
Dienstag und Donnerstag	9:00 Uhr bis 11:30 Uhr 13:00 Uhr bis 17:00 Uhr
Freitag	9:00 Uhr bis 11:30 Uhr 13:00 Uhr bis 14:00 Uhr und

außerhalb dieser Zeiten nach Vereinbarung

zur kostenlosen Einsicht durch jedermann aus.

Zusätzlich werden die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan 2023 auch auf der Internetseite des Regionalen Planungsverbandes Oberes Elbtal/Osterzgebirge bekannt gemacht.

Haushaltssatzung des Regionalen Planungsverbandes Oberes Elbtal/Osterzgebirge für das Haushaltsjahr 2023

Aufgrund von § 74 der Sächsischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, in Verbindung mit § 12 Absatz 2 und 3 des Landesplanungsgesetzes vom 11. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 706), das zuletzt durch Artikel 4 der Verordnung vom 12. April 2021 (SächsGVBl. S. 517) geändert worden ist, hat die Verbandsversammlung in ihrer Sitzung am 19. Dezember 2022 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2023, der die für die Erfüllung der Aufgaben des Regionalen Planungsverbandes voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen enthält, wird:

im Ergebnishaushalt mit dem

– Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge auf	895.550,00 EUR
– Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen auf	925.200,00 EUR
– Saldo aus den ordentlichen Erträgen und Aufwendungen (ordentliches Ergebnis) auf	–29.650,00 EUR
– Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge auf	0,00 EUR
– Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen auf	0,00 EUR
– Saldo aus den außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen (Sonderergebnis) auf	0,00 EUR
– Gesamtergebnis auf	–29.650,00 EUR

– Betrag der veranschlagten Abdeckung von Fehlbeträgen des ordentlichen Ergebnisses aus Vorjahren auf	0,00 EUR	– Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln im Haushaltsjahr auf	–190.150,00 EUR
– Betrag der veranschlagten Abdeckung von Fehlbeträgen des Sonderergebnisses aus Vorjahren auf	0,00 EUR	festgesetzt.	
– Betrag der Verrechnung eines Fehlbetrages im ordentlichen Ergebnis mit dem Basiskapital gemäß § 12 Absatz 3 SächsLPIG auf	29.650,00 EUR	§ 2	
– Betrag der Verrechnung eines Fehlbetrages im Sonderergebnis mit dem Basiskapital gemäß § 12 Absatz 3 SächsLPIG auf	0,00 EUR	Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf	0,00 EUR
– veranschlagtes Gesamtergebnis auf	0,00 EUR	festgesetzt.	
im Finanzhaushalt mit dem		§ 3	
– Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	895.550,00 EUR	Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird auf	0,00 EUR
– Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.075.700,00 EUR	festgesetzt.	
– Zahlungsmittelüberschuss oder -bedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit als Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	–180.150,00 EUR	§ 4	
– Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0,00 EUR	Der Höchstbetrag der Kassenkredite, der zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden darf, wird auf	120.000,00 EUR
– Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	10.000,00 EUR	festgesetzt.	
– Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	–10.000,00 EUR	§ 5	
– Finanzierungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag als Saldo aus dem Zahlungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag aus laufender Verwaltungstätigkeit und dem Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	–190.150,00 EUR	Die Verbandsumlage nach § 8 Abs. 1 und 2 der Verbandssatzung in Verbindung mit § 12 Abs. 2 Satz 5 und 6 SächsLPIG wird auf	180.000,00 EUR
– Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0,00 EUR	festgesetzt,	
– Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0,00 EUR	davon im Ergebnishaushalt	180.000,00 EUR
– Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0,00 EUR	davon im Finanzhaushalt	0,00 EUR
		Die Verbandsumlage der Verbandsmitglieder ist bis zum 30. Juni 2023 fällig.	

Radebeul, den 1. Februar 2023

Regionaler Planungsverband Oberes Elbtal/Osterzgebirge
M. Geisler
Verbandsvorsitzender

Bekanntmachung des Zweckverbandes Parthenaue über die 19. Verbandsversammlung

Vom 1. Februar 2023

Die 19. öffentliche Verbandsversammlung des Zweckverbandes Parthenaue findet am Dienstag, den 2. März 2023, 11:00 Uhr bis 12:30 Uhr in der Geschäftsstelle des Zweckverbandes Parthenaue in der Sommerfelder Straße 71, 04316 Leipzig statt.

Tagesordnung

1. Protokollarische Festlegungen
2. Bürgerfragestunde

3. Beschluss 54/2023: Feststellung Jahresabschluss 2018
4. Beschluss 55/2023: 2. Änderung der Verwaltungskostensatzung
5. Beschluss 56/2023: Kauf eines Traktors
6. Vorstellung des Prüfberichts der überörtlichen Prüfung und der Stellungnahme des Zweckverbandes Parthenaue
7. Anfragen der Verbandsräte
8. Sonstiges

Leipzig, den 1. Februar 2023

Zweckverband Parthenaue
Meier
Verbandsvorsitzender

**Bekanntmachung
des Zweckverbandes Elbtal-Westlausitz für die Verbundsparkasse
Ostsächsische Sparkasse Dresden
über die Sitzung der Verbandsversammlung**

Vom 25. Januar 2023

Am Montag, den 27. Februar 2023 wird um 16:00 Uhr in der Aula des Berufschulzentrums Pirna, Pillnitzer Straße 13a, 01796 Pirna, eine öffentliche Sitzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Elbtal-Westlausitz für die Verbundsparkasse Ostsächsische Sparkasse Dresden stattfinden, für die folgende Tagesordnung vorgesehen ist:

TOP 1 Begrüßung; Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Feststellung von Hinderungsgründen und Beschlussfähigkeit

TOP 2 Wahl des Zweckverbandsvorsitzenden

TOP 3 Wahl des stellvertretenden Zweckverbandsvorsitzenden

TOP 4 Anweisung an die Vertreter in der Verbandsversammlung für die Verbundsparkasse „Ostsächsische Sparkasse Dresden“ zur Wahl des zweiten Stellvertreters des Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Ostsächsischen Sparkasse Dresden gemäß § 10 Absatz 2, Absatz 3 des Sächsischen Sparkassengesetzes

TOP 5 Sonstiges

Pirna, den 25. Januar 2023

Zweckverband Elbtal-Westlausitz für die Verbundsparkasse Ostsächsische Sparkasse Dresden
Michael Geisler
Landrat und Verbandsvorsitzender

**Bekanntmachung
des Kreuzbund Diözesanvereins Dresden Meißen e. V.
über die Auflösung des Vereins
(Amtsgericht Chemnitz, VR 71222)**

Vom 27. Januar 2023

Der Verein wurde auf Beschluss der Mitgliederversammlung vom 22. Oktober 2022 aufgelöst.

Gemäß § 50 des Bürgerlichen Gesetzbuches wird hiermit die Auflösung bekannt gegeben und etwaige Gläubiger zur Anmeldung aufgefordert.

Zu Liquidatoren wurden bestellt:

Frank Berger, Blücherstraße 31, 04159 Leipzig
Franz E. Kellermann, Schopenhauer Straße 83, 80807 München
Gert Mittag, Gutenbergstraße 20, 08060 Zwickau.

Zustellungen werden an Franz E. Kellermann erbeten.

Crimmitschau, den 27. Januar 2023

Kreuzbund Diözesanverein Dresden Meißen e. V.
Frank Berger
Franz E. Kellermann
Gert Mittag

**Bekanntmachung
des Garagenvereins Ost-Vorstadt e. V. in Bautzen
über die Auflösung des Vereins
(Amtsgericht Dresden, VR 30374)**

Vom 1. Februar 2023

Der Garagenverein Ost-Vorstadt e. V. in Bautzen gibt seine Auflösung bekannt. Sie erfolgt mit Wirkung vom 24. Januar 2023.

Gläubiger werden aufgefordert, bestehende Ansprüche beim Liquidator anzumelden:
Gerhard Scholz, Goethestraße 22a, 02625 Bautzen.

Bautzen, den 1. Februar 2023

Garagenverein Ost-Vorstadt e. V. in Bautzen
Gerhard Scholz
Liquidator

Gerichte

Aufgebotsverfahren

Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 UR II 56/22

In dem Aufgebotsverfahren mit dem vorgenannten Aktenzeichen ist am 30. Januar 2023 folgendes Aufgebot veröffentlicht:

Herr Sebastian Rost, Wartburgstraße 84, 09126 Chemnitz hat das Aufgebot zum Zwecke der Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Sparbuches Nummer DE16 8705 0000 3396 0846 90, ausgestellt von der Sparkasse Chemnitz, Bahnhofstraße 51, 09111 Chemnitz

Chemnitz, den 31. Januar 2023

Amtsgericht Chemnitz
Abo-Rady
Rechtspflegerin

auf den Namen Renate Rost, damals wohnhaft in Bahnhofstraße 25 09221 Neukirchen, Chemnitz, beantragt.

Der Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert, bis spätestens zum 30. April 2023 seine Rechte schriftlich beim Amtsgericht Chemnitz, Gerichtsstraße 2, 09112 Chemnitz anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 UR II 22/22

In dem Aufgebotsverfahren zur Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Sparbuches Nummer DE54 8705 0000 3325 0880 57, ausgestellt von der Sparkasse Chemnitz, Bahnhofstraße 51 in 09111 Chemnitz auf den Namen Sonja Meßinger, wohnhaft Zschopauer Straße 82, 09126 Chemnitz, wird der Ausschlussbe-

Chemnitz, den 31. Januar 2023

Amtsgericht Chemnitz
Fischer
Rechtspflegerin

schluss vom 30. Januar 2023 öffentlich zugestellt. Der Beschluss kann in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Chemnitz im Zimmer 2.121 eingesehen werden. Mit dieser öffentlichen Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Zivilgericht

Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal
Aktenzeichen: 4 C 16/23

In Sachen Städtischen Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft Meerane mbH ./A. Wenig, A. wegen Zahlung wird an Andreas Wenig hiermit die Klageschrift vom 10. Januar 2023, der Beschluss des Amtsgerichts – Zivilgericht – Hohenstein-Ernstthal vom 25. Januar 2023 nach §§ 185, 186 der Zivilprozessordnung öffentlich zugestellt. Die genannten

Hohenstein-Ernstthal, den 31. Januar 2023

Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal
Zivilgericht
Fries
Richter am Amtsgericht

Schriftstücke können in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Hohenstein-Ernstthal im Zimmer 230 eingesehen werden. Mit diesem Aushang werden die Schriftstücke öffentlich zugestellt. Es können damit Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Stellenausschreibungen

Die Landeshauptstadt Dresden ist eine von hoher Lebensqualität, sozialer und kultureller Vielfalt geprägte Großstadt. Ihr Reichtum ist vielfältig: Barocke Baudenkmale und überwältigende Kunstschatze treffen auf eine pulsierende Wissenschaft und Forschung. Die Weite der Elbwiesen, ihre Schlösser und Weinberge beeindrucken zahlreiche Gäste aus dem In- und Ausland. In Dresden, als wachsende Großstadt mit circa 570 000 Einwohnern, lässt es sich nicht nur hervorragend leben und wohnen, sondern auch arbeiten.

Als Arbeitgeberin bietet die Landeshauptstadt Dresden ein breites Spektrum unterschiedlicher Einsatzmöglichkeiten und persönlicher Entfaltung. Die Aufgaben sind vielfältig, jeden Tag gilt es, an der Gestaltung der Stadt und ihrer zahlreichen bürgerschaftlichen Anliegen mitzuwirken.

Im Amt für Gesundheit und Prävention, Abteilung Hygienischer Dienst der Landeshauptstadt Dresden, ist die Stelle

Facharzt Hygienischer Dienst (m/w/d)

Chiffre: 53230105

ab sofort unbefristet zu besetzen.

Bewerbung bis: 28. März 2023
Arbeitszeit: Vollzeit
Entgeltgruppe: 15 TVöD-V, zuzüglich Arbeitsmarktzulage und Zulage für Fachärzte im ÖGD
Tätigkeitsbereich: Medizin

Diese Aufgaben erwarten Sie

Als Facharzt (m/w/d) im Hygienischen Dienst betreuen Sie die verschiedenen Bereiche der Abteilung. Die Stelle ist unmittelbar an die Abteilungsleitung angebunden und umfasst folgende Themen, wobei eine schwerpunktmäßige Zuordnung nach Abstimmung vorgesehen ist:

- Tuberkulosefürsorge
 - Diagnostik und Abklärung pathologischer Befunde
 - Anordnung weitergehender Maßnahmen
 - fachärztliche Beratung Betroffener, Angehöriger und Dritter
 - Durchführung von Begutachtungen
 - Mitwirkung im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Amtes
 - Überwachung und Berichterstattung
- Krankenhaushygiene/Hygiene in Einrichtungen/Gemeinschaftseinrichtungen
 - Durchführung von ärztlichen Belehrungen auf Grundlage des Infektionsschutzgesetzes – Festlegung von Maßnahmen bei Auftreten von Erkrankungen
 - fachärztliche Begleitung von Sofortmaßnahmen des akuten Infektionsschutzes
 - Beratung von Einrichtungen
- Belehrungen bei gewerblichem Umgang mit Lebensmitteln nach §§ 42, 43 des Infektionsschutzgesetzes • Umwelt- und Wasserhygiene
 - Festlegung von Standards der Beprobung und Auswertung
 - Bewertung von Befunden mit besonderen Auffälligkeiten
 - Anordnung und Durchsetzung von Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung

- Bewertung umweltmedizinischer Einflüsse sowie Sicherstellung des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes
- Friedhofs- und Bestattungshygiene
 - Prüfung von Todesbescheinigungen auf Plausibilität
 - Kooperation mit der Polizei sowie Staatsanwaltschaft bei Verdacht auf eine nicht-natürliche Todesursache
 - Angehörigenarbeit sowie Auskunftserteilung gegenüber berechtigten Dritten (zum Beispiel Versicherungsunternehmen)
 - Erteilung der Unbedenklichkeitserklärung vor Feuerbestattung
 - Bewertung von Hygienemaßnahmen auf Friedhöfen und in Bestattungsunternehmen

Das bringen Sie mit

- Approbation als Arzt (m/w/d)
- abgeschlossene Weiterbildung zum Facharzt (m/w/d) auf dem Gebiet der Allgemeinmedizin, Inneren Medizin, Hygiene und Umweltmedizin, des Öffentlichen Gesundheitswesens oder einer vergleichbaren Fachrichtung
- einen Nachweis über den Impfstatus zur Masernimpfung beziehungsweise die Immunität nach § 20 des Infektionsschutzgesetzes (nach Aufforderung)

Sie sollten darüber hinaus

- über Kenntnisse hinsichtlich Struktur und Arbeitsweise des Öffentlichen Gesundheitsdienstes verfügen,
- einen Führerschein der Klasse B besitzen und bereit sein, Ihr Fahrzeug gegen Entschädigung zu nutzen,
- strukturell Denken und Arbeiten können,
- Sicherheit im Auftreten und Kommunikationskompetenzen sowie die Fähigkeit zur Netzwerkarbeit besitzen,
- die Bereitschaft zur Teilnahme am amtsärztlichen Rufbereitschaftsdienst (ein- bis zweimal pro Jahr) mitbringen.

Was wir bieten

- tarifliches Entgelt plus Jahressonderzahlung
- 30 Tage Erholungsurlaub bei einer 5-Tage-Woche im Kalenderjahr
- Möglichkeit des Bildungsurlaubs, Sonderurlaubs
- Betriebliche Altersvorsorge (Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes)
- Familienfreundlichkeit (zum Beispiel durch flexible Arbeitszeit)
- umfangreiche Qualifizierungsangebote
- gesundheitsfördernde und -erhaltende Maßnahmen im Rahmen unseres Betrieblichen Gesundheitsmanagement
- Vergünstigungen im Personennahverkehr (Job-Ticket)

Die Gleichbehandlung aller sich bewerbenden Personen ist uns nicht nur gesetzlicher Auftrag, sondern eine Selbstverständlichkeit.

Haben Sie Lust, Ihr Können und Ihre Ideen in der Landeshauptstadt Dresden einzubringen? Erfüllen Sie die Anforderungen?

Dann freuen wir uns auf Ihre Bewerbung.

Bewerben Sie sich mit Ihren vollständigen Unterlagen online über bewerbportal.dresden.de. Aus Sicherheitsgründen können nur Anhänge im PDF-Format angenommen werden.

Mit der Abgabe der Bewerbung willigen Sie der Speicherung der personenbezogenen Daten während des Bewerbungsverfahrens ein. Detaillierte Hinweise zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten sowie den Umgang mit den übersandten Unterlagen finden Sie unter: www.dresden.de/stellen.